

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 25.09.2008 um 18.40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat E. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Konrad

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt
Stadtrat Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt

Ortssprecher:

Frau Schlötter (Sickershausen)
Herr Pfrezinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Frau Noormann
Dipl. – Ing. Richter

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Haag
Stadtrat M. Müller
Stadtrat Popp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Antrag der Fraktion CSU "Regionalplanung - Erschließung neuer Gewerbeflächen in Dettelbach"

Mit 26 : 2 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen teilt der Stadt Dettelbach im Vorgriff auf die Anhörung im Rahmen raumbedeutsamer Planung mit, dass die Stadt Kitzingen sich in keiner Weise damit einverstanden erklärt, in der Nähe des Mainfrankenparks ein Gewerbe-/Industriegebiet von 30 ha bis zu 130 ha auszuweisen.
2. Die Stadt Kitzingen weist den Regionalen Planungsverband darauf hin, dass eine Ausweisung eines Gewerbe-/Industriegebietes im Bereich des Mainfrankenparks mit einer Fläche von 30 – 130 ha gegen das Landesentwicklungsprogramm und den Regionalplan verstößt.
3. Die Stadt Kitzingen setzt sich mit dem Landratsamt Kitzingen in Verbindung und weist darauf hin, dass die Neu-Planung eines Gewerbe-/Industriegebietes im Bereich des Mainfrankenparks im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen zur nachhaltigen, überfachlichen Entwicklung der Raumstruktur steht, wonach der Fläche- und Ressourcenverbrauch in allen Landesteilen Bayerns reduziert werden soll.

2. „Verbindungsstraße zwischen St 2271 und KT 23“ Zurücknahme des Planfeststellungsantrages

Mit 28 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, den derzeit ruhenden Planfeststellungsantrag „Verbindungsstraße zwischen St 2271 und KT 23“ offiziell zurück zu nehmen.

3. Feststellung der Jahresrechnung 2006 der Stadt Kitzingen und der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe sowie Entlastung der Verwaltung

Mit 28 : 0 Stimmen

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird die Jahresrechnung des Rechnungsjahres 2006 der Stadt Kitzingen und der von der Stadt verwalteten Stiftung für Alten- und Pflegehilfe festgestellt und der Verwaltung die Entlastung erteilt.

4. Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile
Nachkalkulation 2007 und Vorkalkulation 2008 – 2011

A. Mit 28 : 0 Stimmen

Auf eine Erhöhung der Friedhofsgebühren im Haushaltsjahr 2008 wird verzichtet.

- B. In diesem Zusammenhang weist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer darauf hin, dass gegenwärtig die Nachkalkulation der Abwassergebühren durchgeführt werde, wobei es voraussichtlich zu einer nötigen Gebührenerhöhung kommen wird. Hierzu werde ein separater Beschlussentwurf ergehen. Die Neukalkulation erfolge unter Einbeziehung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

5. Spielplätze in den Baugebieten „Buddental“ und „Hammerstielweg“
Weiteres Vorgehen wegen „Generationsübergreifender Konzeption“

Ohne Abstimmung

Es soll zunächst eine Informationsfahrt nach Nürnberg durchgeführt werden, zu der neben dem Stadtrat auch Vertreter des Jugendbeirates, des Senioren- und Behindertenbeirates sowie des Jugendstadtrates und der Verwaltung eingeladen sind.

6. Bituminöser Ausbau des geschotterten Wirtschaftsweges Kitzingen/Sickershausen bis
Mainbernheim (Lückenschluss) als Radwegeverbindung

Mit 26 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem bituminösen Ausbau des geschotterten Wirtschaftsweges Kitzingen/Sickershausen bis Mainbernheim unter der Voraussetzung von staatlicher Förderung gemäß FinR-LE über das Amt für Ländliche Entwicklung im Jahre 2008 wird zugestimmt.
3. Der Förderantrag und die Abrechnung erfolgt als Gemeinschaftsmaßnahme zwischen der Stadt Kitzingen und der Stadt Mainbernheim. Die Federführung übernimmt die Stadt Kitzingen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt Mainbernheim abzuschließen.
4. Die Gesamtausgaben, d.h. sowohl den Anteil der Stadt Kitzingen, als auch der Stadt Mainbernheim – in Höhe von 110.000 € werden bei HSt. 1.6321.9503 in 2008 außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei HSt. 1.6481.9510 (Neubau Brücke zur Mondseeinsel).

7. Bürgerbefragung im Stadtteil Kitzingen-Siedlung

- A. Frau Noormann, Stabstelle des Oberbürgermeisters, geht ausführlich auf den Sachverhalt ein. Sie stellt dar, dass man durch eine weitere Bürgerbefragung auch die Bevölkerungsteile der Siedlung erreichen könnte, die sonst nicht aktiv ins gesellschaftliche Leben in der Siedlung eingreifen würden. Sie erklärt, dass sich die Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“ für die Bürgerfragen ausgesprochen habe.

Oberbürgermeister Müller bitte dem grundsätzlich zuzustimmen und erklärt, dass man zunächst eruieren werde, in welcher Form und in welchem Umfang man die Bürgerbeteiligung durchführen sollte. In diesem Zusammenhang werde man gleichfalls etwaige Kosten abfragen.

Stadträtin Schmidt als Referentin für Soziale Stadt und Stadtteilfeörderung stimmt den Ausführungen von Frau Noormann zu, ist jedoch der Auffassung, dass die Bürgerbefragung von der Verwaltung, ohne dies nach außen zu vergeben, durchgeführt werden könnte.

Stadträtin Richter stellt aufgrund der Beratungen in der Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“ fest, dass Grundvoraussetzung für die „Soziale Stadt“ der Quartiersmanager sei. Ihrer Auffassung nach sollte man erst nach Schaffung des Quartiersmanagers überlegen, in welcher Form die Bürgerbeteiligung stattfinden könnte. Grundsätzlich könne sie einer Bürgerbefragung zustimmen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über das weitere Vorgehen, wobei die Meinung erkennbar wird, dass erst nach Schaffung des Quartiersmanagers über das „wie“ und „was“ der Bürgerbeteiligung entschieden werden sollte. Im Grunde spreche man sich jedoch für die Beteiligung aus.

B. Mit 27 : 1 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat May wird stattgegeben.

C. Mit 28 : 0 Stimmen

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

D. Mit 27 : 1 Stimmen

Dem Antrag zur Bürgerbefragung wird grundsätzlich zugestimmt.

E. Mit 9 : 19 Stimmen

Die Verwaltung wird beauftragt, Formen, Umfang und Kosten einer Bürgerbefragung zu ermitteln (beispielsweise Befragung der Haushalte, Einzelpersonen, Stichproben, Straßenzüge, etc.).

F. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Verwaltung somit keinen Arbeitsauftrag habe und sich deshalb der Punkt 4 des Beschlussentwurfes „Das Ergebnis und die Umsetzung einer Bürgerbefragung werden zunächst in der AG Soziale Stadt vorgestellt und diskutiert.“ erledige.

8. Budgetabrechnung 2007 für die Orts- und Regionalplanung (UA 6101) sowie die Bauordnung (UA 6131)

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsjahr 2007 für UA 6131 erwirtschaftete Überschuss in Höhe von 33.534,00 € (= 70%) wird auf das Jahr 2008 übertragen.
3. Der im Haushaltsjahr 2007 für UA 6101 erwirtschaftete Überschuss in Höhe von 374,00 € (= 70%) wird auf das Jahr 2008 übertragen.

9. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2007
Budget des UA 6011 – Hochbauverwaltung (SG 62)

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Überschuss in Höhe von **3.897,00 €** (70 % aus 5.566,69 €) wird in das Jahr 2008 übertragen.

10. Budgetabrechnung der Stadtbücherei für das Haushaltsjahr 2007
Übertrag der nicht verbrauchten Mittel auf das Budget 2008

Ohne Abstimmung

Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget der Stadtbücherei aus dem Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 2.920,00 € werden auf das Haushaltsjahr 2008 übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Vermögenshaushalt 2008 bei folgender Haushaltsstelle berücksichtigt:

Hst. 1.3521.9350 (Bewegliches Vermögen)	2920,00 €
---	-----------

11. Budgetübertragung der Stadtjugendpflege

Ohne Abstimmung

1. Vom Ergebnis der Abrechnung des Budgets der Stadtjugendpflege (Unterabschnitt 4605, 4606, 4609) im Jahr 2007 wird Kenntnis genommen.
2. 70 % der nicht verbrauchten Mittel (= 13.392,00 €) aus den genannten Unterabschnitten aus dem Haushaltsjahr 2007 werden auf das Haushaltsjahr 2008 übertragen. Sollten die für den Jugendtreff Siedlung vorgesehenen Kosten von 50.000,00 € (bei den UA 0.4604 und UA 1.4607) im Laufe des Jahres bzw. nach Abschluss der Abrechnungen für 2008 überschritten werden, wird der obige Beschlussübertrag mit dieser Summe verrechnet und um die entsprechende Differenz reduziert.
3. Die übrigen übertragenen Mittel werden für das geplante Projekt „Wake up“ zur Verfügung gestellt.

12. Budgetabrechnung 2007 für die städtischen Sportanlagen, Übertrag auf 2008

Mit 28 : 0 Stimmen

Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Budget des Haushaltsjahres 2007 in Höhe von 31.821 € werden auf das Haushaltsjahr 2008 übertragen.

Die zu übertragenden Mittel werden im Vermögenshaushalt 2008 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

1.2140.9359	neu / außerplanmäßig	10.000,00 €
	Sportgeräte-Ausstattung der Turnhalle der Schule in	

0.2140.6412	den Marshall – Heights, danach in Deustersporthalle getrennte Buchung der MWSt. hierzu	1.900,00 €
1.5651.9359	neu / apl, Ersatzbeschaffung Flo-Halle	3.000,00 €
0.5651.6412	MWSt. hierzu, Erhöhung um	600,00 €
1.5652.9359	Sportgeräte Dreifachhalle Sickergrund	2.500,00 €
0.5652.6412	MWSt. hierzu, Erhöhung um	500,00 €
1.5651.9500	Sanierung Parkplätze an der Flo-Halle in 2009	13.321,00 €

13. Auftragsvergabe; Beschaffung von Sportgeräten für verschiedene Sporthallen

Ohne Abstimmung

Im nichtöffentlichen Teil des Stadtrates wurde heute aufgrund einer beschränkten Ausschreibung jeweils an den günstigsten Anbieter der Auftrag zur Lieferung von Sportgeräten (verschiedene Matten, Tore, Netze, Kleingeräte etc.) an das Sportzentrum im Sickergrund, die Florian-Geyer-Halle und die Turnhalle der D.-Paul-Eber-Schule (Marshall-Heights-Kaserne – danach Deustersporthalle) erteilt. Hiervon wird Kenntnis gegeben.

14. Information von Oberbürgermeister Müller

Prostitution in Kitzingen

Geänderte Verordnung der Regierung von Unterfranken

Oberbürgermeister Müller informiert darüber, dass aufgrund der Beschlussfassung des Stadtrates vom 06.12.2007 der Antrag an die Regierung von Unterfranken gestellt wurde, die Verordnung über die Ausnahme vom Verbot der Prostitution in der Großen Kreisstadt Kitzingen vom 19.05.1989 aufzuheben und eine neue Verordnung dahingehend zu erlassen, dass das Ausüben der Prostitution lediglich in den Gewerbegebieten Lochweg Süd, Flugplatzstraße sowie im Hafen erlaubt sei. Darüber hinaus sollte die Heinrich-Fehrer-Straße 44 in die Verordnung aufgenommen werden, da hierfür bereits Bestandsschutz bestehe.

Er erklärt, dass die neue Verordnung nun in Kraft getreten sei und die Anregungen der Stadt Kitzingen berücksichtigt wurden.

Rechtsrätin Schmöger ergänzt, dass bislang im Grunde im gesamten Stadtgebiet das Ausüben der Prostitution erlaubt gewesen wäre, man jedoch dies aufgrund der Verordnung auf die genannten Bereiche beschränkt habe. Sie erklärt, dass die bestehenden Betriebe im Stadtgebiet, die nicht in den „Schutzbereich“ fielen, zunächst für ein Jahr Bestandsschutz hätten.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

15. Hinweis von Stadträtin Stocker

Wahl des Jugendstadtrates

Stadträtin Stocker verweist auf die Einladung zur Wahl des Jugendstadtrates und bittet die Kolleginnen und Kollegen im Gremium im Freundes- und Familienkreis darauf hinzuweisen, dass sich möglichst viele Jugendliche zur Wahl stellen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

16. Anfrage von Stadträtin Glos
Sachstand Umgestaltung Pausenhof St.-Hedwig-Schule

Stadträtin Glos stellt fest, dass nach der Beschlussfassung Ende Juli die Sommerferien für die Umgestaltung des Pausenhofs genutzt werden sollte, jedoch die Arbeiten erst Mitte September begonnen werden konnten.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der zuständige Mitarbeiter aufgrund hohen Arbeitsaufwandes die Maßnahmen nicht zeitnah durchführen konnte. Dies wurde jedoch mit der Schule abgesprochen. Die Arbeiten werden bis zum Jubiläum fertiggestellt sein. Dies wird zur Kenntnis genommen.

17. Anfragen von Stadtrat Stiller
Parksituation Parkplatz Sickershäuser Straße
Jugendzeltlager während des Partnerschaftsjubiläums

Stadtrat Stiller verweist nochmals auf die Problematik hinsichtlich der parkenden LKW auf dem Parkplatz der Dreifachturnhalle Sickergrund und äußert seinen Unmut darüber, dass die Firmen ihre LKW's auf diesen öffentlichen Parkplatz abstellen und somit die Stellplätze für die Öffentlichkeit wegnehmen. Er bittet dem nochmals nachzugehen. Erfreulich äußert er sich, dass sich die Situation hinsichtlich der parkenden LKW am Bayernplatz verbessert habe.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass man die Firma ermittelt und angeschrieben habe mit dem Hinweis, dass während des Schul- und Sportbetriebes der Parkplatz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müsse.

Zudem erinnert sich Stadtrat Stiller an ein Jugendzeltlager mit Jugendlichen aus den Partnerstädten, das im Rahmen des 20-jährigen Städtepartnerschaftsjubiläums stattgefunden habe und ist der Auffassung, dass man dies in gleicher Weise für 2009 vorsehen könnte. Außerdem bittet er um Zusammenstellung eines entsprechenden Programms.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass das Hauptamt die Planungen gegenwärtig beginne.

Im Folgenden geht Oberbürgermeister Müller kurz auf den Besuch der Kitzinger Delegation in Trebnitz ein und stellt dar, dass die Gespräche sehr zielführend und interessant verlaufen seien. Er stellt dar, dass die Themen, die die Partnerschaft mit Prades und Montevarchi aufrecht erhielten, auch für Trebnitz gelten werden und teilweise auch noch erweitert wurden. Abschließend weist er darauf hin, dass die Partnerschaft mit Trebnitz im Rahmen des Stadtfestes begründet werde.

18. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof
Preiserhöhung des örtlichen Energielieferanten LKW

2. Bürgermeister Christof verweist auf die jüngste Erhöhung der Gaspreise durch die LKW und äußert seinen Unmut darüber, dass die Aufsichtsräte der Stadt Kitzingen dem nicht widersprochen hätten. Nachdem es sich hierbei um eine Angelegenheit der Daseinsvorsorge handle, hätte dies seiner Auffassung nach auch im politischen Gremium beraten werden müssen. Er äußert sich kritisch, ob eine Kommune das Recht hätte, durch die Gewinne des Versorgungsbetriebes seinen Haushalt zu finanzieren. Abschließend verweist er auf seinen Antrag, laut dem man sich gegen die Erhöhungen der Versorgungsbetriebe wehren sollte, so wie es andere Städte auch tun.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die LKW die Preissteigerungen an die Verbraucher weitergeben musste, da sonst die LKW bereits im nächsten Jahr keine Gewinne mehr machen würde. In diesem Fall würde darunter auch die Stadt Kitzingen leiden, die als 60 %ige Eigentümerin in gleicher Weise geschadet werden würde.

Er entgegnet, dass diese Problematik sehr wohl im Aufsichtsrat diskutiert wurde, jedoch man sich als Kommune nicht gegen die Gesetze des Wettbewerbs stellen könne. Darüber hinaus stellt er dar, dass man mit der Preiserhöhung nicht die Gewinne maximieren wollte.

Der Antrag wurde an die LKW weitergeleitet, worauf hin Herr Tiefenthaler, Geschäftsführer der LKW eine Information vor dem Stadtrat zugesagt habe, die in Kürze erfolgen wird.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

19. Bitte von Stadtrat Heisel

Durchgang zum Jugendtreff in der Siedlung

Stadtrat Heisel verweist auf die Eröffnung des Jugendtreffs in der Siedlung am 10.10.2008 und stellt fest, dass der Jugendtreff vormittags von der Siedlungsschule genutzt werde. Er fragt nach, ob die angedachte Durchgangstür von der Siedlungsschule bereits vorab umgesetzt werden könnte, damit der Wechsel zwischen den Stunden schnell von statten gehe.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung zu.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung 20.32 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer